

## Schule als ständiges Experimentierfeld

Der Wahlsieg der SPD und die Bildung der Landesregierung mit der PDS im Herbst 1998 haben auch für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern einschneidende Bedeutung. Die Vorboten dessen, was kommen würde, waren schon in den vergangenen vier Jahren unter einem sozialdemokratisch geführten Kultusministerium zu spüren.

Keiner hat Grund, sich jetzt zu beschweren, er hätte von alledem, was auf uns zukommt, nichts gewusst. Vor allem die Lehrer, Eltern und Schüler hatten Einblick. Während die ersten beiden direkt über das bestimmen konnten, was in den nächsten vier Jahren geschehen wird, müssen die Schüler das hinnehmen, was die anderen für sie mit ihrer Wahl entschieden haben. Dass dies immer dem Vorteil aller Schüler dient, das ist jedenfalls ernsthaft zu bezweifeln. SPD und PDS haben in den vergangenen vier Jahren keinen Zweifel daran gelassen, dass das System der vierjährigen Grundschule mit anschließender schulartgebundener Orientierungsstufe nicht ihre Zustimmung findet. Das brach-

ten beide Parteien bei der Erstellung eines Schulgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern 1996 deutlich zum Ausdruck. Die CDU hält an dieser Gliederung fest und sieht in ihr nachweislich die beste Struktur für die Entwicklung der Kinder in ihrer ganzen Vielfalt. Dies bedeutet aber kein Festhalten um jeden Preis. Im Rahmen dieser Strukturen ist jedoch über verbesserungswürdige Aspekte des gegliederten Schulwesens zu diskutieren.

Die Koalition von SPD und PDS fasste ein Jahr nach der

### angemerkt

Wahl einen ersten Grundbeschluss, der den Übergang zur sechsjährigen Grundschule möglich machen soll. Die schulartenunabhängige Orientierungsstufe soll die massiven Probleme bei der Umstrukturierung des Schulwesens im Grundschulbereich abfedern. Dabei soll die schulartenunabhängige Orientierungsstufe an eine neu zu bildende „Regionalschule“ angegliedert werden, die sich aus der Verschmelzung von Haupt- und Realschule ergibt. Die Klassenverbände gehen geschlossen nach der vierten Klasse in diese Orientierungsstufe

über, in der über Binnendifferenzierung oder Fachleistungsdifferenzierung die unterschiedlichen Begabungen gefördert werden sollen. Nur in den seltensten Fällen, wo es auf Grund der Schulstandorte organisatorisch nicht anders möglich ist, kann die Orientierungsstufe dann an ein Gymnasium angeschlossen werden.

In diesem System verschwimmen ganz deutlich die Vorteile eines gegliederten Schulwesens. Allein die Tatsache, dass die Haupt- und Realschulen in der Regionalschule aufgehen, in der dann nicht nach Bildungsgängen differenziert wird, sondern bildungsgangübergreifend unterrichtet wird, macht deutlich, dass in der Sekundarstufe I (mit Ausnahme des Gymnasiums) nach grundlegenden Prinzipien der integrierten Gesamtschule unterrichtet wird. Die Bildungspolitiker von SPD und PDS vermeiden tunlichst, diesen Begriff zu gebrauchen. Sie setzen aber unter dem Deckmantel der Regionalschule diese Bildungsidee konsequent um. Aus der Sicht der Schulpraxis kann nur davon gewarnt werden, dieses System in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen. Es entsteht in der Kombination

von schulartenunabhängiger Orientierungsstufe und Regionalschule ein großer Einheitsbrei, so dass die lernschwachen und die lernstarken Schüler die Verlierer sein werden. Da in einem solchen System der zu vermittelnde Lernstoff für alle erreichbar sein muss, wird er sich am Mittelmaß orientieren. Die Absenkung der Maßstäbe hat zwangsläufig Qualitätseinbußen in jedem Bildungsgang zur Folge. Das sind Erfahrungen, die sich vor allem aus dem gymnasialen Bereich ablesen lassen, da sich dort bedingt durch die Freigabe des Elternwillens hinsichtlich der Schullaufbahn die Gymnasien vor Schülern nicht mehr retten können. In der Mehrzahl sind dies aber Schüler, die nicht auf das Gymnasium gehören. Behält Mecklenburg-Vorpommern den ausschließlichen Elternwillen für die Wahl des Bildungsganges bei, werden nach der sechsten Klasse noch mehr Kinder auf das Gymnasium strömen als zuvor. Die Eltern werden bestrebt sein, in der verbleibenden Schulzeit die Wissens- und Motivationsdefizite ihrer Kinder auszugleichen, die die einheitliche Behandlung sechs Jahre zuvor hervorgerufen hat.

Die sechsjährige Grundschule erscheint vor allem den Bildungsfachleuten attraktiv, die fast ausschließlich den sozialen Aspekt von Bildung betonen. Bisher wurde kein Argument vernommen, an den Schulen im jeweiligen Bildungsgang müsse in der jeweiligen Klassenstufe auch eine Leistungssteigerung, eine altersgerechte Leistungsförderung und Leistungsforderung erfolgen. Die allen noch in Erinnerung gebliebene und viel zitierte TIMSS-Studie bestätigt grundsätzlich die Leistungsfähigkeit des gegliederten Schulwesens. Dort heißt es: „Es ist ein Zeichen der Funktionsfähigkeit dieses Systems, wenn sich Schüler der unterschiedlichen Schulformen hinsichtlich Fachleistungen und kognitiven Grundfähigkeiten unterscheiden.“ (Max-Planck-Gesellschaft Berlin, TIMSS Deutschland). Selbst Peter Struck, Erziehungswissenschaftler aus Hamburg, stellte fest: „Nur ein tausendgliedriges Schulsystem passt zu unserer pluralistischen Gesellschaft.“ Das ist letztendlich auch ein Ergebnis des frühzeitigen Einsetzens leistungsbezogener Förderung und Forderung nach der Grundschule. Keiner wird be-

haupten, dass Kinder heute begriffsstutziger sind als die Kinder der sechziger oder siebziger Jahre. Vielmehr bietet die heutige Umwelt die Gewähr dafür – so sollte es zumindest sein –, dass die Kinder noch früher und noch umfänglicher als in den sechziger Jahren sich Wissen erschließen und an den Wissenserwerb herangeführt und für diesen motiviert werden. Aus dieser Tatsache heraus erscheint es durchaus legitim, den anerkannten Erziehungswissenschaftler Heinrich Roth aus dem Jahr 1968 zu zitieren: „Die Denkbegabung und das Denkbedürfnis brechen im zehnten/elften Lebensjahr in so verschiedenen Stärken durch, dass die Unterschiede im Grad der Begabung, wie sich in allen Schulfächern in gleicher Weise bestätigt, das Auffälligste sind, was man in diesem Alter betrachten kann. Die Unterschiede werden in diesem Alter so krass, dass eine Trennung nach dem Grad der Begabung in irgendeiner Form unerlässlich ist... Hier hilft keine romantisch-pädagogische Verbrämung!... Im Interesse der Höchstausbildung aller Begabungsgrade kommen wir um die Trennung nach dem Grad der Bega-

bung im zehnten/elften Lebensjahr nicht herum.“ Eine Verlängerung der Grundschule auf sechs Jahre würde katastrophale Folgen sowohl für die leistungsmäßig Schwächeren als auch für die Stärkeren haben. Die Stärkeren werden eklatant unterfordert, ihre Stärken werden nicht optimal gefordert, ihre Leistungsbereitschaft unterdrückt und dem Durchschnitt angepasst. Die Lernmotivation für diese Schüler muss in Klasse sieben völlig neu aufgebaut werden. Bei den schwächeren Schülern besteht die Gefahr, dass sie durch eine gleichgeschaltete nivellierende Fachausbildung in Klasse fünf und sechs im Rahmen der Grundschule überfordert werden. Die Folgen dieser Überforderung ähneln der der Unterforderung bei den stärkeren Schülern, die langfristigen Folgen sind jedoch wesentlich schwerer zu beheben. Und noch ist nicht absehbar, dass die angestrebte Binnendifferenzierung oder Fachleistungsdifferenzierung zu den erhofften Fördermöglichkeiten führt. Denn die Differenzierung erfordert mehr Lehrpersonal und kleinere Klassen. Beides ist mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Hier liegen die

besonderen Schwachstellen der Vorhaben, denn Mecklenburg-Vorpommern ist bekanntlich ein strukturschwaches Land, das in den vergangenen Jahren kaum nachhaltige Parameterverbesserungen in der Schule finanzieren konnte.

Die TIMSS hat ein wesentliches Merkmal des gegliederten Schulsystems pointiert dargestellt, das auch als Legitimation für die Erhaltung der vierjährigen Grundschule gelten kann: „Übergangentscheidungen im gegliederten Schulsystem bringen nach der zu Grunde liegenden normativen pädagogischen Idee keine Prognosen über erreichbare Schulabschlüsse zum Ausdruck, sondern sollten unter einer mittelfristigen Perspektive Schüler in möglichst optimalen Entwicklungsumwelten platzieren.“ (Max-Planck-Gesellschaft Berlin, TIMSS Deutschland). Diese Übergangentscheidung wird in Mecklenburg-Vorpommern nach der vierten Klasse getroffen, und das sollte auch so bleiben.

Die pädagogische Übergangentscheidung wird aber durch den ausschließlichen Elternwillen beschränkt. Das hat letztendlich nichts mit dem Übergang nach der vierten

Klasse an sich zu tun, ruft aber berechtigte Zweifel hervor, ob dann das Kind in einer „optimalen Entwicklungsumwelt“ platziert wird.

Das einzige Argument, das Befürworter einer sechsjährigen Grundschule in die Waagschale werfen, ist die Forderung nach einem langen zusammenhängenden sozialen Lernen. Die Klassenverbände sollen so lange wie möglich zusammenbleiben, um das soziale Verhalten zu entwickeln. Die Protagonisten der langen Grundschule schließen einen Gedanken an die Lern- und Leistungsmotivation der Kinder geradezu aus. Vielfach hängen Bildungspolitiker der SPD Vorstellungen nach, die in Folge der 68er-Bewegung in Deutschland populär wurden. Es entsteht der Eindruck, dass manch ein Sozialdemokrat oder auch Grüner in den neuen Ländern die 68er-Ereignisse noch einmal wiederholen möchte. Die sechsjährige Grundschule ist zuletzt auch ein Ausdruck der mittlerweile wieder verblichene(n) antiautoritären Erziehung und der überlebten Vorstellung einiger Eltern, die Grundschule sei eine Fortsetzung des Kindergartens. Gerade die Eltern in

den neuen Bundesländern wollen eine leistungsorientierte Beschulung ihrer Kinder und haben mit den autoritären Erziehungsvorstellungen der alten Bundesländer nichts gemein. Eltern erwarten, dass ihre Kinder mit sicheren Schreib- und Rechenkenntnissen aus der Grundschule kommen, dass ihre Kinder nach der Grundschule erste feste Formen von konzentrierter Aufmerksamkeit erworben haben. Sie setzen darauf, dass die Grundschule in vier Jahren in der Lage ist, neben der Vermittlung grundlegender Kulturtechniken auch soziale Verhaltensweisen, die der sozialen Gemeinschaft eines Klassenverbandes zu Grunde liegen, zu vermitteln, die im Elternhaus auf Grund des fehlenden Erfahrungsumfeldes so nicht vermittelbar sind. Das ist in vier Jahren leistbar, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen stimmen. Mit der sechsjährigen Grundschule werden Ansprüche nach hinten und in eine Entwicklungsphase verschoben, in der es wesentlich schwieriger ist, Verhaltensmerkmale zu formen, die eigentlich schon vorhanden sein müssten. Das „Glücken“-Verhalten der Erwachsenen und sozialdemokratischen Bil-

dungspolitiker schränkt die Kinder eher ein, als dass es sie fördert. Sie bekommen nicht die Möglichkeit, zu sich selbst zu finden, sich an Herausforderungen auszuprobieren, obwohl sie es wollen und können. Kindern ist mehr zuzumuten, als viele Erwachsene heute wahrhaben wollen. Die These, dass vielen Verhaltensauffälligkeiten durch ein gesteigertes Leistungsumfang präventiv begegnet werden kann, indem die Grundschule Lernerfolge und dadurch persönliche Bestätigung schafft, scheint durchaus berechtigt. Das ist eine große Herausforderung an die Grundschulpädagogik.

Die vierjährige Grundschule wird den einzelnen Entwicklungsstufen der Kinder gerecht, und sie werden durch die Orientierungsstufe allmählich an die erhöhten Leistungsanforderungen der Mittelstufe herangeführt. So soll es sein. Vielfach zu hören ist das Argument, die Orientierungsstufe sei in der Praxis keine. Der Orientierungsstufen-erlass von 1994 (in Mecklenburg-Vorpommern) sah eine Orientierungsstufe vor, die diesen Namen auch verdient. Unmittelbar nach dem Regierungswechsel wurde dieser durch die SPD

sofort einkassiert. Nur der Name allein macht aus der Orientierungsstufe noch keine solche. Der Name benötigt eine entsprechende inhaltliche Untersetzung. Eine Untersetzung, die sich in Rahmenplänen wiederfindet und die Orientierung und Wechsel möglich macht.

Die Einführung der sechsjährigen Grundschule hat noch eine weitere, negative Folge. Die sechsjährige Grundschule benötigt einen neuen Grundschullehrer. Dieser Tatsache ist es wohl auch geschuldet, dass SPD und PDS die sechsjährige Grundschule nicht sofort einführen, sondern mit der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe (bisher schulartbezogen) ein Vehikel schaffen, das zwar der sechsjährigen Grundschule nahe ist, aber vorerst –de facto– den Grundschullehrer nicht braucht. Inzwischen kann die Lehrerbildung entsprechend umstrukturiert werden, so dass am Ende der so genannte Stufenlehrer sowohl für die Grundschule als auch für die gesamte Sekundarstufe verfügbar sein wird. Der Lehrerbildung wird die pädagogische Vielfalt genommen, ein erster Schritt, der langfristig der gesamten Schullandschaft die Vielfalt

nehmen wird. Das ist nicht nur katastrophal für die Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist vor allem eine Katastrophe für die Kinder in diesem Land, die dann wieder mit einem Einschulsystem konfrontiert werden, das in keiner Weise Rücksicht auf individuelle Befähigungen und Begabungen nimmt. Es sollte in Mecklenburg-Vorpommern nicht darum gehen, nach acht Jahren das Schulsystem radikal umzugestalten. Vielmehr sind qualitative Veränderungen notwendig. Die sechsjährige Grundschule bringt nicht mehr Lehrer in die Klassen, die Klassenverbände bleiben so groß, wie sie sind. Die Stundentafel verändert sich nicht dahingehend, dass in den Kernfächern mehr Unterricht an-

geboten wird. Fakten, die sich besonders in den städtischen Grundschulen des Landes negativ auswirken. Wenn auch die eine oder andere Grundschule auf dem Lande erhalten werden könnte, kommen auf der anderen Seite weiterführende Schulen in Bedrängnis, weil dann dort zwei Klassenstufen und die entsprechenden Schüler fehlen. Die Schulentwicklungspläne, die Planungssicherheit für die kommenden Jahre versprochen, sind hinfällig. Jede Schule wird sich erneut fragen müssen, wie lange die Existenz auf Grund der politisch gewollten Umleitung der Schülerströme noch gesichert ist. Auf die Schulträger kommen unkalkulierbare Kosten zu, da heute nicht absehbar ist, wie sich die Schul-

landschaft nach dem Willen der Landesregierung gestalten soll. Sanierungen und Neubau werden sich schleppend gestalten, da die Ankündigungspolitik von SPD und PDS keine sichere Perspektive zulässt. Es sprechen viele Gründe gegen die sechsjährige Grundschule. Daher sollten alle Bildungspolitiker aller Parteien zuerst alle Kraft auf die Verbesserung von Parametern setzen, um Schule organisierbar und machbar zu gestalten. Eine Qualitätsverbesserung ist dringend erforderlich und nicht eine Diskussion um eine Neuorganisation von Schule, verbunden mit Unruhe und Übergangsschwierigkeiten, die qualitative Aspekte schließlich völlig überdeckt.

Steffie Schnoor

### Konzentration

*„Wie schön aber müsste es sein, mit gesammelter Kraft und mit der ganzen Macht der Erfahrung zu studieren! Sich auf eine Denkaufgabe zu konzentrieren! Nicht von vorn anzufangen, sondern wirklich fortzufahren; eine Bahn zu befahren und nicht zwanzig; ein Ding zu tun und nicht dreiunddreißig. Niemand von uns scheint Zeit zu haben, und doch sollte man sie sich nehmen. Wenige haben dazu das Geld. Und wir laufen nur so schnell, weil sie uns stoßen, und manche auch, weil sie Angst haben, stillzustehen, aus Frucht, sie könnten in der Rast zusammenklappen.“*

Kurt Tucholsky (1890–1935)